

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezg. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 5015 und 5016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonelleiste 60 Pf., die 92 mm breite Reklameliste 2.-M.; außerhalb: 75 Pf. bezg. 4.-M. Ausland 2.- bezg. 6.- M. Nachst. H. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 362

Donnerstag, 5. August 1920.

74. Jahrgang

Warschau in kritischer Lage.

Absehnung des polnischen Korridors.

Paris, 4. Aug. Havas meldet: Die heute aus Polen eingetroffenen Nachrichten sind so ernst, daß es nutzlos wäre, sie zu leugnen. Die roten Truppen haben an mehreren Stellen den Übergang über den Bug erzwungen, dessen Lauf einen Kreis um Warschau beschreibt. Die roten Truppen rücken in der Richtung auf die polnische Hauptstadt vor. Die polnischen Armeen scheinen demoralisiert zu sein. Sie haben sogar an der guten Verteidigungslinie, die der Bug darstellte, keinen Widerstand geleistet; sie haben nicht einmal die Brücken zerstört, und die roten Truppen konnten sogar eine weitere Banne, um ihren Truppen den Übergang zu erleichtern. Eine andere, ebenso ernste Bedrohung entsteht aus den von den roten Truppen im Norden erzielten Fortschritten. Die roten Truppen, deren Stärke hier auf 40 000 Mann geschätzt wird, gehen längs der russisch-polnischen Grenze vor, wobei sie in den Korridor, der Polen mit dem Meere verbindet, eindringen. Aus der Straße Anguskowo-Gradowo-Kolno rücken sie gegen Warschau vor, um die einzige Eisenbahnlinie, die Danzig mit Warschau verbindet, abzuschneiden. Wenn sie diese Eisenbahnlinie erreichen, wird Warschau mit der Küste nur durch die indirekte Glinkaholmlinie auf dem linken Weichselufer verbunden sein. Die polnische Regierung hat die Räumung und die Aufgabe Warschaws ins Auge gefaßt, falls der Zustand ihrer Truppen einer Gegenoffensive nicht möglich macht, erklärt sich aber entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Sie wird in eine Stadt im Westen überziehen, aber nicht nach Polen; sie will dort die Verteidigung des Landes organisieren.

Die schweren polnischen Verluste.

Basel, 4. Aug. Eine offizielle Mitteilung des Landesverteidigungsrats in Warschau gibt an, daß die erste polnische Armee nahezu aufgerieben wurde. Die polnischen Verluste werden auf über zwölftausend Tote, Verwundete und Gefangene beziffert. Schwere Verluste hat auch die vierte polnische Armee erlitten, die neben der Hälfte ihres Bestandes eingebüßt hat.

Meldungen von der ostpreussischen Grenze bestätigen die Einnahme von Drel-Litow durch die Sowjettruppen. Die roten Truppen haben den Bug in einer Breite von 100 Kilometern überschritten und stoßen in der Richtung auf Siedlce vor, das nur 85 Kilometer von Warschau entfernt liegt. — Einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ zufolge spielt sich der Kampf bereits im Räume von Praszyc, also fast im Vorfeld von Warschau, ab.

Verlegung der poln. Regierung nach Krakau.

Paris, 5. Aug. Nach einer Meldung des „Journals“ soll die polnische Regierung beschloffen haben, nach Krakau überzusiedeln, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, Warschau zu verlassen.

London, 5. Aug. Laut „Evening News“ haben die britische und die französische Mission Warschau verlassen.

Keine Rettung möglich?

Paris, 5. Aug. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ erzählt von ihrem Londoner Berichterstatter, daß die englische Politik gegenüber den Sowjets darauf hinausgehe, Polen seinem Schicksal zu überlassen und gegenüber der Regierung von Moskau die wirtschaftliche Blockade aufzuheben. Es sei unmöglich, den Polen zu helfen. Ihre Stärke zu der Rotarmee verhalte sich wie 1 zu 3.

London, 4. Aug. (Havas.) Durch ein drahtloses Telegramm hat die englische Regierung der Sowjetregierung mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß die Sowjetregierung nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen, sondern auch die Friedensverhandlungen aufnehmen will, auf den Plan einer internationalen Konferenz in London verzichtet wird.

Prüfung der Hilfsmassnahmen.

Paris, 5. Aug. Havas meldet: Die polnische Regierung scheint bezüglich der Annahme Sowjettruppen, analog mit den Waffenstillstandsverhandlungen auch die Friedensverhandlungen zu führen, noch keinen Beschluß gefaßt zu haben. Die französische Regierung, die die ganze Schwere der Lage ermißt, studiert ihre Konsequenzen sorgfältig und prüft die erforderlichen Massnahmen. Die französische Regierung steht in enger Verbindung mit der englischen. Vorläufig finden die Verhandlungen zwischen Paris und London auf dem üblichen Wege statt. Es ist noch keine Rede von einer Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George.

London, 5. Aug. Im Hinblick auf das weitere Vordringen der bolschewistischen Streitkräfte innerhalb der geographischen Grenzen Polens beurteilen die Blätter die Lage pessimistisch. Sie drücken übereinstimmend die Ansicht aus, daß, wenn nicht sehr schnell eine Aenderung der Lage eintreten sollte, den Alliierten nichts anderes übrig bleiben

würde, als die Polen versprochenemmaßen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

hmz. Rambouillet, 4. Aug. Ministerpräsident Millerand besuchte heute Nachmittag den Präsidenten der Republik, Deschanel, der sich bester Gesundheit erfreut und Millerand über eine Stunde zurückhielt. Die Unterhaltung betraf besonders die äussere Lage und die Massnahmen, die zu ergreifen und den Alliierten zu empfehlen seien.

Warschauer Flüchtlinge in Ostpreußen.

Berlin, 4. Aug. In Soldau sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau angekommen, die eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung darstellen, da sie hart mit Ruhr verfeucht sind. Deshalb besteht die Absicht, die Grenze bei Reichenburg zu sperren. Die alliierten Truppen sind alle nach Allenstein zurückgezogen worden. Der italienische Botschafter hat die deutsche Regierung, dafür zu sorgen, daß der Abtransport der italienischen Truppen aus dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet am 9. August erfolgt.

Berlin, 4. Aug. Reichswehrminister Gessler begab sich zur Besichtigung nach Ostpreußen.

In der früheren preussischen Provinz Posen nimmt die Deutscherfolgung ihren Fortgang. Viele Mitglieder deutscher Vereinigungen wurden verhaftet und nach Graudenz geschleppt.

Die Haltung der polnischen Sozialisten.

Rotterdam, 4. Aug. Nach einer Warschauer Meldung hat das Zentralkomitee der polnischen Sozialisten den Beschluß der Parteileitung, sich an einer Koalitionsregierung für die nationale Verteidigung zu beteiligen, gutgeheissen. Das Komitee fordert in einer öffentlichen Erklärung zum Widerstand gegen den bolschewistischen Einfall in Polen auf.

Von der Krim.

Konstantinopel, 2. Aug. Die Armee Brangel berichtet: Am 29. und 30. Juli haben auf der ganzen Front Kämpfe stattgefunden. Im Nordosten auf der Front bei Mariupol haben wir unsere Offensive begonnen, viele Gefangene gemacht und Kanonen und Maschinengewehre erbeutet. In der Richtung Orlowo haben wir uns am 29. Juli dem Konstantinopel genähert und zweltausend Gefangene gemacht. Am 30. Juli haben wir die Kavallerie der zweiten roten Armee in die Nacht geschloßen und abermals viele Gefangene gemacht und Geschütze und viel Material erbeutet.

Oesterreichs Neutralität.

Wie das m.z.Bureau aus Wien meldet, empfing Staatssekretär Renner die Gesandten der Hauptmächte, um mit ihnen dringende Fragen der auswärtigen Politik zu besprechen. Renner wies u. a. auch auf die politischen Erschütterungen im Osten Europas hin. Oesterreich wünsche, von diesen Ereignissen möglichst verschont zu bleiben und werde seine Neutralität aufrechterhalten. Ueber die Rechte und Pflichten der Neutralität im Zusammenhang mit den Friedensverträgen finde gegenwärtig eine Auseinandersetzung mit der deutschen Regierung statt. Da die Verträge von Versailles und St. Germain in diesem Punkt völlig übereinstimmend seien, wolle die österreichische Regierung den Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland abwarten, um deren Ergebnis dann einfach zu übernehmen. Doch mache er darauf aufmerksam, daß die soziale Konsolidierung in Oesterreich nicht so weit fortgeschritten sei, daß man sich schweren Belastungsproben aussetzen dürfe. Es sei die Bitte ganz Oesterreichs, daß man ihm helfe, die Ereignisse, die etwa bevorstünden, an den schmalen Grenzen seines kleinen Landes vorüberzuleiten.

Die Vertreter der Großmächte erörterten mit dem Staatssekretär die von ihm zur Sprache gebrachten Fragen eingehend und erklärten sich bereit, an ihre Regierungen und an die Botschafterkonferenz zu berichten.

Polenfeindliche Stimmung im Ruhrrevier.

Essen, 2. Aug. Die von ihrer heimatlichen Scholle durch die Polen vertriebenen ostmärkischen Flüchtlinge, die zu Tausenden in den Ruhrbezirk eingewandert sind, hatten sich in Essen zu einer im städtischen Saalbau abgehaltenen Massenkundgebung vereinigt. Den Gruß der Stadt Essen überbrachte Oberbürgermeister Dr. Luther, und namens der Vertriebenen sprach Direktor Winkler vom Reichsverband Ostsch. Die Stimmung der Versammlung wurde zu einer heißen Empörung, und es wurde die Beseitigung der Polen aus dem Industriegebiet gefordert. Von der deutschen Regierung wurde verlangt, daß sie endlich ihre Nachgiebigkeit gegen Polen aufhebe.

Erhöhung der Brottration.

In der Reichsgetreidekammer soll die Absicht bestehen, falls das Ernteresultat den Erwartungen entspricht und mit dem Ertrage einer guten Mittelernte zu rechnen ist, die Brottration von 1500 auf 2000 Gramm zu erhöhen.

Waffenfunde.

Aus Braunschweig werden ämtlich größere Waffenfunde gemeldet. In der Nähe des braunschweigischen Ortes Breßfeld wurden vor einigen Tagen in Ritten verpackt 85 Infanteriegewehre ausgegraben. In der Wohnung eines Studenten in Braunschweig wurden bei einer Hausdurchsuchung vier vollständige Maschinengewehre und 4000 Schuss Munition vorgefunden und beschlagnahmt. Bilgacher haben in einem Walde in der Nähe der braunschweigischen Kreisstadt Helmstedt ein großes Waffenlager aufgefunden. Darin befanden sich 125 Infanteriegewehre, Modell 98, zwei Maschinengewehre, zwei Leuchtpistolen und eine große Menge Munition.

Auf dem Anhalter Bahnhof und im Ostbahnhof in Berlin sind von Eisenbahnern Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände, die für die Polen bestimmt waren, entdeckt worden. Das Geeresgut war als harmloses Gut deklariert worden.

Seit „Vorwärts“ ist in Jüterbog ein großes Waffenlager, das aus Maschinengewehren und Munitionsvorräten bestand, entdeckt worden. Es soll dem Blatte zufolge von deutschen Offizieren angelegt worden sein, die sich jetzt in Russland befinden.

Beraubung eines tschechischen Waffendepots.

Wie der Hamburger Korrespondent aus Opatowitz meldet, drang nach Schluß einer kommunistischen Versammlung ein Volkshaufe mit Gewalt in den verschloßenen Wagenschuppen ein, worin die drei Eisenbahnwagen mit Waffen untergebracht sind, die am 20. Juli den tschechoslowakischen Kriegsgefangenen abgenommen worden waren. Viele Gewehre wurden zertrümmert und der größte Teil der Revolver und Munition wurde gekohlen.

Der Zwischenfall in Erfurt.

Berlin, 4. Aug. Ein Blatt brachte die Nachricht, daß die französische Regierung für die Verabgung des Eisenbahntariffs in Erfurt für jede Stunde Verabgung 800 000 Mark Schadenersatz und weitere Verursachungen von der deutschen Regierung verlange. An zuständiger Stelle ist von einer derartigen Forderung nichts bekannt.

Žitau wieder ruhig.

Die Reichswehr ist gestern in Žitau eingetroffen und hat die Ruhe wieder hergestellt. Einige der Abteilungsleiter des Putches wurden verhaftet. Eine Abtätigung in den Betrieben gab eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit, allerdings unter gewissen Bedingungen; Aufhebung des Belagerungszustandes, Abzug der Reichswehr, Freilassung der Verhafteten. Ueber diese Forderungen wird noch verhandelt.

Italien gibt Valona ganz auf.

Paris, 3. Aug. Zu dem italienisch-albanesischen Abkommen meint der „Temps“, man habe wohl Grund zu der Annahme, daß Valona von den italienischen Truppen nicht mehr besetzt werde.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags kam es zunächst bei der Beratung des Ausgabepostens für das Reichswehrministerium zu den abgesehenen antimilitaristischen Kundgebungen der unabhängigen Redner. Die Unabhängigen forderten besonders die Abschaffung der Militärgesetzlichkeit. Adolf Hoffmann nannte dabei das Zentrum die Partei des Volksverraths.

Die Sozialdemokraten hatten eine Anfrage über die Arbeitslosigkeit und über die Erwerbslosenfürsorge eingebracht. Ein Antrag der Unabhängigen fordert Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Gewährung der Unterstützung ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit. Die Regierung will bekanntlich die Unterstützung künftig nicht mehr länger als 26 Wochen bezahlen. Die Erwerbslosenunterstützung der Gewerkschaften soll nach dem Antrag der Unabhängigen auf die staatliche Unterstützung nicht angerechnet werden. Ferner fordert der Antrag gleiche Unterstützungsätze für männliche und weibliche Erwerbslose, Nichtanerkennung des Einkommens der beschäftigten Familienmitglieder, Beschaffung von Arbeit durch Reich, Staat und Gemeinden, Wiederaufnahme stillgelegter Betriebe, Verhinderung von weiteren Arbeiterentlassungen. Der mehrheitlich sozialistische Abg. Böckmann wies auf die steigende Arbeitslosigkeit hin. Zurzeit seien 357 000 Arbeitslose in Deutschland, davon 20 Proz. in Berlin. Er frug die Regierung nach ihren geplanten Massnahmen.

Reichsarbeitsminister Braun legte die bis herigen und geplanten Massnahmen der Regierung zur Bekämpfung und Verringerung der Arbeitslosigkeit dar. Für die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge habe das Reich beträchtliche Mittel bereitgestellt. In Ausnahmefällen soll die Unterstützung auch über 26 Wochen hinaus gewährt werden, auch die Gewerkschaftsunterstützung soll nicht angerechnet werden. Arbeiter und Handwerker müßten an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Sie müßten jetzt die Preise der gesamten wirtschaftlichen Lage anpassen, um dadurch die Voraussetzungen für eine Gesundung unserer Verhältnisse zu geben. Die Arbeiter sollten bedenken, daß jeder Streik heute die Wurzel neuer Arbeitslosigkeit sei. Das Beispiel der Bergarbeiter sollte im Verkehrsgewerbe Nachahmung finden, auch in Angelegenheiten und Beamtenkreisen.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag verlagert.

